

Herr Seigfried berichtete, dass er ein Denkverbot zum jetzigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll erachte, da eine abschließende Stellungnahme des zuständigen Innenministeriums noch ausstehe. Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung der Projektgruppe zusammenfassend zu dem Thema berichten.

Herr Köhler erklärte, auch er halte eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt für falsch. Es gebe deutliche Überschneidungen in den Bereichen Jugendhilfe und Schule, die ein Zusammenlegen der Ausschüsse überlegenswert machten.

Frau Jung bestätigte, dass es durchaus Überschneidungen gebe. Deshalb müsse jedoch der eigenständige Schulausschusses nicht aufgegeben werden. Sie halte es für ein falsches Signal, wenn bei der desolaten Situation in Nordrhein-Westfalen die Aufgaben des Schulausschusses einem anderen Ausschuss untergeordnet würden.

Herr Wagner erläuterte, dass die CDU-Fraktion den Argumenten von Frau Jung voll zustimme.

Herr Schäfer machte darauf aufmerksam, dass ein Zusammenlegen der Ausschüsse eine Änderung der Zuständigkeitsordnung erforderlich mache. Dies sei in dieser Wahlperiode nicht mehr beabsichtigt. Der Antrag sei deshalb jetzt nicht entscheidungsbedürftig. Er erklärte weiter, dass er persönlich eine Zusammenlegung für sinnvoll erachte.

Nach intensiver Diskussion beantragte Frau Bergmann-Gries zur Geschäftsordnung Schluss der Debatte. Damit waren die Ratsmitglieder einverstanden. Dann fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, alle Bemühungen, den Schulausschuss und den Jugendhilfeausschuss (JHA) zusammenzulegen, einzustellen.“

26 Ja Stimmen

16 Nein Stimmen